

Freiburger Nachrichten; 6. April 2013

Ausgaben-Nr. Seite 9

Religion und Gesellschaft

Die Einmischung der Bischöfe in die Politik ist durchaus erwünscht

Viele Bundespolitiker wollen eine Bischofskonferenz, die sich öffentlich äussert. Das zeigt eine Umfrage der Nachrichtenagentur Kipa.

Georges Scherer (Kipa)

Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) soll den Mund halten, wenn es um Politik geht: Entsprechende Voten finden sich immer wieder in den Medien, wenn sich die Parolen der SBK bei politischen Abstimmungen nicht mit jenen von einzelnen Parteien decken. Kürzlich sorgte die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» für Zündstoff. SVP-Nationalrat Peter Föhn griff ihretwegen die katholische Kirche harsch an, desgleichen CVP-Nationalrätin Elvira Bader. Beide gehören dem Initiativkomitee an, zu dem die SBK auf Distanz ging.

Auch FDP-Präsident Philipp Müller meint, die Kirche solle sich zu konkreten politischen Themen «nicht äussern». Denn für Parolen fehle der Kirche die «basidemokratische Abstützung bei ihren Mitgliedern». Zudem überschreite eine Einmischung die Grenze zwischen Staat und Kirche. Die Aufgabe der Kirche sieht Müller im Einsatz für konkrete Probleme der Bürger. Dieses wichtige Engagement weiter zu pflegen, werde die «nobels-te und wichtigste Aufgabe der Landeskirchen bleiben».

Mehr könnte besser sein

Diese Einschätzung teilt der Präsident der CVP Schweiz, Christophe Darbellay, nicht. Er wünscht sich von den Bischöfen in Zukunft «nicht weniger, aber eher mehr Engagement». Ihre Meinung wäre in vielen Themen wie Ethik, Gesellschaft, Familie und Wirtschaft «sehr willkommen». Zu vieles werde an Stabskommissionen wie Justitia et Pax delegiert. Darbellay bedauert, dass die Bischöfe «oft mit der CVP sehr kritisch» sind. Bei «grundlegenden ethischen Fragen» müsse sich die SBK in die gesellschaftliche und politische Debatte einbringen, erklärte die Walliser CVP-Nationalrätin Viola Amherd. Für ihre Freiburger Parteikollegin Christine Bulliard-Marbach erfüllt die SBK eine wichtige Informationsfunktion. Sie vermittele die Sichtweise der Kirche und trage so zur Meinungsbildung bei.

«Es braucht viel Mut»

Die St. Galler CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz sieht die SBK in der Pflicht des Gemeinwohls. Sie müsse sich in den politischen Meinungsbildungsprozess einbringen. Meier wünscht sich, dass die SBK sich nach dem Beispiel ihres aktuellen Präsidenten, dem St. Galler Bischof Markus Büchel, mit «Strahlkraft, Ruhe und Weitsicht» auf den politischen Dialog einlässt.

Die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer erwartet, dass die Bischofskonferenz «sich vermehrt auf ihre Kernaufgabe konzentriert, sich für Menschen einzusetzen». Das sei «äusserst anspruchsvoll und braucht Mut».

Zu Themen wie Asyl, Behinderte und benachteiligte Familien müsse sich die SBK als Leitungsorgan der Kirche am politischen Dialog beteiligen, «damit Betroffene zu ihren Rechten kommen», so Schmid weiter. Dazu gehöre auch eine «klare professionelle Öffentlichkeitsarbeit».

Manchmal einer Meinung

Laut der Waadtländer SP-Nationalrätin Ada Marra hat die Stimme der SBK Gewicht. Die SP habe bei verschiedenen Gelegenheiten und politischen Auseinandersetzungen mit der SBK

zusammengearbeitet, zum Beispiel in den Bereichen Menschenwürde, Asylrecht und Migrationspolitik.

Der Solothurner FDP-Nationalrat Kurt Fluri lobt die SBK als eine «gewichtige Stimme neben den parteipolitisch, von kantonalen, wirtschaftlichen oder anderen Interessen geprägten Stellungnahmen». Zur Beurteilung politischer Fragen aus ethischer Sicht sei die SBK «höchst legitimiert».

Aktuell Die Bischöfe und die Sonntagsallianz

Von politischen Gegnern besonders kritisiert wurde das Engagement der Bischöfe im Rahmen der «Sonntagsallianz». Dieses breit abgestützte Bündnis, in dem die SBK mit ihrer Expertenkommission Justitia et Pax mitmacht, setzt sich gegen eine stärkere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein. So hat die Allianz diese Woche das Referendum gegen längere Öffnungszeiten in Tankstellenshops eingereicht. Und sie bekämpft aktiv den Ausbau der Sonntagsarbeit im Detailhandel. fca

Die Kirche soll sich nicht total aus der Schweizer Politik raushalten, so die weitverbreitete Meinung im Bundeshaus. Bild key/a